

Extremismus entgentreten!

Die Junge Union Landesverband Braunschweig begrüßt es, dass die Junge Union Deutschlands sich dem Thema 'Extremismus' angenommen hat. Politischer Extremismus ist eine Thematik der wir uns als Freunde der freiheitlich-demokratischen Grundordnung annehmen müssen.

Wir als Junge Union zeichnen uns selbst mitunter dadurch aus, dass wir uns zu dem politischen System der Bundesrepublik Deutschland bekennen und jede Form des politischen Extremismus ablehnen. Wir als Union sind zudem die politische Kraft die konsequent jede Form des Extremismus ablehnt und sich nicht auf beispielsweise Rechtsextremismus beschränkt, wie es die SED-Nachfolgepartei praktiziert. Politischer Extremismus, in all seinen Facetten, ob dieser nun von Rechts oder Links kommt, oder etwa religiös motiviert ist, muss in Deutschland auf den Widerstand unserer demokratischen Gesellschaft stoßen.

Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben das Grundgesetz bewusst mit bestimmten Grundrechten und -pflichten ausgestattet, die unantastbar sind und nicht verändert werden können. Dieses Prinzip bezeichnet man als „wehrhafte Demokratie“. Diese selbstgegebenen Grundwerte für die Bundesrepublik Deutschland müssen verteidigt werden. Deshalb können und müssen staatliche Organe gegen politische Akteure dann vorgehen, wenn diese nicht den freiheitlich-demokratischen Grundwerten entsprechen.

Die Freiheit der politischen Akteure muss dort enden wo politisches Unrecht geleugnet wird. So wie die Leugnung von Auschwitz in Deutschland zu Recht unter Strafe steht, ist es notwendig, dass das Unrecht, welches den Menschen in der SED-Diktatur widerfahren ist, nicht relativiert wird. Der historisch falschen Leugnung des Schießbefehles an der Mauer oder den Verbrechen der Stasi werden wir als Junge Union deshalb stets entgentreten.

Generell sehen wir die Meinungsfreiheit für eine funktionierende Demokratie als unerlässlich an. Damit jeder Bürger seine politische Meinung ohne Angst vertreten kann, ist eine friedliche Diskussionskultur notwendig. Gewalt, die selbstredend nicht zur friedlichen Diskussionskultur gehört, darf nicht als Form der politischen Partizipation toleriert werden.

Egal ob rechtsradikale, ausländerfeindliche Übergriffe gegen Immigranten, antisemitische Gewalt gegen jüdische Einrichtungen und Mitbürger oder Gewalt linksautonomer 'Steinewerfer' und 'Brandstifter': Unsere Demokratie darf der Gewalt kein politisches Gewicht zugestehen. Es darf nirgends in Deutschland Gebiete geben, in die sich Ausländer nicht trauen. Es muss jedem möglich sein, seine Solidarität mit dem Staat Israel zu bekunden. Brennende Straßenzüge und hunderte verletzte Polizisten dürfen nicht zur Tradition werden.

Wir fordern, so genannte Demonstrationen, die 'traditionell' in Gewaltexzessen enden, nicht zu genehmigen. Wir fordern weiter das 'Deeskalationskonzept' da aufzugeben, wo es keine Wirkung erzielt und gewaltbereiten Personen mit polizeilicher und juristischer Härte ihre Grenzen aufzuzeigen. Zudem müssen die Befugnisse der Bundeswehr im Inneren überprüft und gegebenenfalls korrigiert werden.

Um diesen Bemühungen politische Glaubwürdigkeit zu verleihen, müssen Organisationen bzw. Parteien jegliche öffentliche Mittel gestrichen werden, deren Führungspersonal Gewalt als legitimes Mittel politischer Auseinandersetzung anerkennt.